

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage
zu einer Zeitungsnummer
Gesamte und Einzelnummern zu je 10 Pfennigen.
Abnahme nach dem Abonnement.
Einzelnummern 10 Pfennige.

Redaktion, Druck und Verlag von Moritz Wagner

in Limburg a. d. Rh. bei der Buchdruckerei von J. B. Wagner.

Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Wachstumspreis 1 Mark 10 Pf.

Abnahme nach dem Abonnement.
Gesamte und Einzelnummern zu je 10 Pfennigen.
Abnahme nach dem Abonnement.
Einzelnummern 10 Pfennige.

Nummer 281

Limburg, Mittwoch, den 4. Dezember 1918

81. Jahrgang

Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht.

Berlin, 3. Dez. (W.T.B. Amtlich) Beschluß des Reichsausschusses.

An alle Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches!

Das Reichsernährungsamt beklagt sich darüber, daß die Fülle sich mehren, in welchen die Arbeiter- und Soldatenräte Eingriffe in die Saatstoffbestände vornehmen. An alle A. u. S.-Räte ergeht daher die dringende Mahnung allen Anordnungen des Reichs- bzw. der Provinzialsaatstoffstellen sowie der Saatstellen Folge zu leisten und den unberechtigten Eingriffen in das gesamte Ernährungswesen mit allen Mitteln vorzubeugen.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin. gez. Richard Müller. Wolfenbuhr.

Entlassungsbestimmungen für das Feldheer.

1. Anordnungen des Kriegsministeriums für das Heimatheer über die Entlassung bestimmter Jahrgänge finden auf das Feldheer keine Anwendung. Für das Feldheer sind vielmehr lediglich die nachfolgenden Bestimmungen maßgebend:

1. Die planmäßige Entlassung der Offiziere und Beamten des Beurteilungskontingents sowie der Mannschaften der Feldtruppenteile, ausschließlich der Jahrgänge 1896-99, erfolgt erst nach Eintreffen der betreffenden Formationen in ihrem Demobilisierungsort. Ausnahmen siehe Ziffer 3.

2. Freiwilliges Verbleiben im Heer ist allgemein gestattet.

3. Vorzeitig, d. h. vor Eintreffen des Verbandes in seinem Demobilisierungsort, dürfen entlassen werden: a) alle Elb-Lothringer (einschl. Jahrgänge 1896-99 auf ihren Wunsch); b) alle Vintzenländer (einschl. Jahrgänge 1896-99), soweit sie selbst es wünschen und die dienstlichen Rücksichten es gestatten; c) die Angehörigen besonderer Berufsgruppen, soweit sie nicht den Jahrgängen 1896-99 angehören. (Ergänzung von D. S. L. Nr. 105 703 op. vom 16. 11. 18 Ziffer 6). Diese Berufsgruppen sind: aktive Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte, die Angestellten und Arbeiter öffentlicher und privater Eisenbahnen einschl. der Kleinbahn, sowie die in der Seifensiederei tätigen Leute, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Verkehrs, Straßenbahnen usw. und des Bergbaus, der Elektrizitätswerte, Gas- und Wasserwerke, Angestellte wirtschaftlicher Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Arbeitsnachweisbeamte; d) die in den auf der Fahrt oder dem Marsch zum Demobilisierungsort durchquerten Landesteilen Beheimateten auf ihren Wunsch, soweit sie nicht den Jahrgängen 1896-99 angehören und es die dienstlichen Rücksichten gestatten; e) alle Ausländer, die als Kriegsfreiwillige in das deutsche Heer eingetreten sind auf ihren Wunsch.

4. Grenzschutztruppen und einige weitere den Heeresgruppen besonders bezeichnete Divisionen dürfen nur Elb-Lothringer, Vintzenländer und Ausländer (Ziffer 1 a, b und c) vorzeitig entlassen. Alle übrigen Offiziere und Mannschaften (d. h. die in Ziffer 1, 3c und d genannten) verbleiben bis auf weiteren Befehl beim Truppenteil. Veränderung von D. S. L. Nr. 106 703 op. vom 16. 11. 18 Ziffer 6, III.

Heeresgruppe v. Gallwitz.

Die Verteilung von Druckpapier.

Berlin, 30. Nov. (W.T.B.) Die Reichsleitung ist darauf bedacht, die Erzeugung von Zeitungspapier nach Möglichkeit zu steigern. Andererseits muß sie im Interesse einer gesicherten Versorgung der Tagespresse mit Papier unbedingt erwarten, daß Versuche gegen die bestehenden Bekanntheitsmachungen über Druckpapier vermieden werden. Es ist insbesondere unzulässig, ohne Genehmigung der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe zu Berlin Zeitungspapier über das festgesetzte Bezugsrecht hinaus zu verbrauchen oder eigenmächtig Zeitungspapier zu beschlagnahmen, wie dies vereinzelt von örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten angeordnet worden ist. Dabei wird nicht verkannt, daß der gegenwärtige Zustand Härten für neu entstehende Zeitungsunternehmen im Gefolge hat. Sie sollen durch Milderung der gegenwärtigen gültigen Bestimmungen über die Verteilung von Druckpapier für die Zeitungen beseitigt werden. Bevor diese Änderungen beschlossen und verkündet sind, muß es aber bei dem jetzigen Zustand verbleiben.

Im Auftrag des Rats der Volksbeauftragten:
Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Dr. Müller.

Berlin, 2. Dez. (W.T.B. Amtlich) An die Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Zahlreiche Meldungen lagen uns, daß immer noch von Truppenteilen und sonstigen Formationen Entlassungen

von Soldatenräten aus dem militärischen Dienst wider deren Willen vorkommen. Wir verweisen demgegenüber auf die Bestimmungen des Kriegsministeriums im Merkblatt über Entlassungen unmittelbar vom Feldtruppenteil Abjah A 5 und über Entlassungen beim Heimatheer Abjah 3, 2. Absatz, wonach ein freiwilliges Verbleiben im Heer vorläufig nach Maßgabe der militärischen Bedürfnisse gestattet werden kann. Den Mitgliedern des Soldatenrats steht es deshalb frei, beim Truppenteil bzw. ihrer Formation zwecks Ausübung ihrer Amtstätigkeit zu verbleiben.

Der Vollzugsrat. Abt. Kontrolle des Kriegsministeriums.
Rufh. Denecke.

Aus dem besetzten Gebiet.

Röln, 3. Dez. Wie die „Röln. Zeitung“ von wohlunterrichteter Seite erfährt, hat der Vorsitzende der französischen Wehrdienstkommission in einer der letzten Sitzungen eine Note überreicht, in der die Bedürfnisse der Besatzungstruppen für die nächste Zeit angemeldet wurden. Die Engländer verlangen eine vorläufige Kontribution von 40 Millionen Mark. Die Amerikaner verlangen einwilligen 54 Millionen M. Ort und Zeit der den Amerikanern, Belgiern und Franzosen abzuliefernden Beträge werden noch bekannt gegeben.

Genf, 3. Dez. In Straßburg schreiten die französischen Behörden in radikaler Weise zur Besitzergreifung der ganzen Verwaltung. Der General Fricke, der bisherige Befehlshaber der zweiten französischen Armee, ist zum Militärkommandanten ernannt worden. Der Oberkommissar der französischen Zivilverwaltung Maringer hat den Straßburger Gemeinderat aufgelöst und den Industriellen Ullmann zum Vorsitzenden der Stadtverordneten ernannt mit Petros und Neunreiter als Beisitzende. Der Präsident Poincaré wird sich am 8. Dezember nach Straßburg begeben, wo am 9. Dezember in Anwesenheit Clemenceaus, der Präsidenten des Senats und der Kammer und des diplomatischen Korps feierlich die Besitzergreifung des Landes durch Frankreich vorgenommen werden soll. Von dem neuen französischen Bürgermeister Prevel wird die deutsche Bevölkerung in einem öffentlichen Anschlag zur Ruhe ermahnt unter Hinweis auf die Zuständigkeit der Kriegsgerichte bis zum Abschluß des Friedens. Der Zivilgouverneur Mirman hat die Entfernung aller deutschen Inschriften an öffentlichen Gebäuden und privaten Geschäftsbauern angeordnet und den im öffentlichen Dienst verbliebenen Beamten befohlen, die deutschen Uniformen abzulegen und sich mit einer französischen Kordone zu versehen.

Genf, 3. Dez. Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem neuen Generalinspektor des Unterrichtswezens in Elb-Lothringen, der sich beillt, der Welt bekannt zu geben, daß sämtliche deutschen Lehrkräfte sowohl an der Universität Straßburg, wie an den Mittel- und Volksschulen des Landes sofort eingestellt werden.

Das Ultimatum erledigt.

Röln, 3. Dez. Wie der Berliner Vertreter der „Röln. Ztg.“ meldet, hat sich sein Einverständnis mit den vorläufigen Erklärungen über die Ablieferung der Lokomotiven erklärt, so daß das Ultimatum damit erledigt ist.

Das rachsüchtige Frankreich.

Berlin, 3. Dez. Als recht bezeichnend für die Stimmung in Frankreich spricht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ eine ihr zugehende Meldung an, worin es heißt: Aus Frankreich zurückgekehrte hochgestellte Holländer, welche die Stimmung leitender französischer Kreise genau kennen, sagten aus, daß erfüllt der Plan bestünde, aus Deutschland eine Ausbeutungskolonie zu machen. Die Gefangenen sollen zum Wiederaufbau Belgiens und Frankreichs verwendet und die linksrheinische Industrie ebenfalls in den Dienst Frankreichs gestellt werden. Die Stimmung in Frankreich sei außerordentlich rachsüchtig und übertreffe noch die chauvinistische Presse. Die deutschen Streitigkeiten und die Anzeichen des Verfalls werden mit Behagen verfolgt. Dies sei tatsächlich, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, die Stimmung in den französischen Kreisen, die die Gefährdung des Landes leiten und es sei nicht etwa Schwarzmalerei. Demgegenüber sei es wohl angebracht, weitere unnötige Vorkämpfe zu vermeiden und ernstlich daran zu denken, durch eine beschleunigte Festlegung der innerpolitischen Verhältnisse einen Einfluß auf die künftigen Geschicke Deutschlands zu gewinnen und zu retten, was noch zu retten ist.

Die Abkisten hoch.

Frankfurt a. M., 3. Dez. Der „Kfz. Ztg.“ droht man aus Berlin 2. Dezember: Die in Gestalt eines Ultimatum von hoch geforderte sofortige Herausgabe der künftigen Lokomotiven, die Einbeziehung von Saarbrücken und Saarbrücken in die von der französischen Okkupation verhängte Grenzsperrzone Elb-Lothringen und ähnliche Symptome werden

in verschiedenen Blättern als Anzeichen von Absichten besprochen, die über die Waffenstillstandsbedingungen hinausgehen und sich nach einem weiteren Einbruch auf deutsches Gebiet deuten lassen. Der „Vorwärts“ schreibt in diesem Zusammenhang: „Der Versuch des französischen Generalstabs, seinen Triumph mit dem Einzug in Berlin zu krönen, war schon längst erkennbar, er steht in diesem Augenblick vielleicht schon vor seiner Verwirklichung. Die Besetzung Deutschlands ist unter den gegenwärtigen Umständen kein militärisches Kunststück, sie ist auch in keiner Weise eine militärische Notwendigkeit. Sie könnte es höchstens in dem Sinne sein, daß die sozialistische pazifistische Opposition im Westen durch eine letzte höchste Aufpreisung der nationalen Leidenschaftlichkeiten widergesprochen werden soll. Wir müssen unter den gegebenen Umständen allen Möglichkeiten gefaßt ins Auge sehen und können dazu nur sagen: Im gegenwärtigen Augenblick sind wir machtlos und müssen alles über uns ergehen lassen, was über uns verhängt wird. Das Deutsche Reich kann aber nicht auf die Dauer als eine eroberte Provinz der Weltmächte behandelt werden. Jeder Versuch, der in dieser Richtung unternommen wird, muß schließlich denen, von denen er ausgeht, und ganz Europa zum Verderben gereichen. Generalpolitik, sei es deutsche oder französische, kann der Welt kein Glück und keinen dauernden Frieden bringen, sondern nur immer neues Unglück. Zerstört man in uns das Vertrauen zur internationalen Gerechtigkeit, bleibt uns nur das Vertrauen in die Kraft unseres Volkes, die unzerstörbar ist.“

Die Amerikaner in Erier.

Erier, 2. Dez. Amerikanische Truppen sind gestern Sonntag nachmittag 2 Uhr in Erier eingedrückt. Das 6. amerikanische Infanterieregiment hat die Stadt besetzt. Heute fanden weitere Durchmärsche von amerikanischen Truppen statt, die in der Richtung auf Koblenz marschierten. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Besatzung mit der Polizei übernommen. In einer Verfügung des Oberbürgermeisters im Auftrage der amerikanischen Kommandatur wird bestimmt, daß alle Waffen bis zum 5. Dezember abgegeben sein sollen. Die amerikanischen Truppen dürfen die Wirtschaften nachmittags zwischen 5 und 9 Uhr besuchen.

Eine Rede Wilsons.

Haag, 3. Dez. Holländisch Neuws-Büro meldet aus Washington: Wilson hat in der gestrigen Sitzung des Kongresses eine Rede gehalten, worin er erklärte, daß er die Vollendung des Friedensvertrages für den kommenden Frühling voraussetze. Weiter deutete er ein neues Programm an, das sich über drei Jahre erstreckt. Es wäre ein Unglück, zu versuchen, das amerikanische Programm nach einer künftigen Weltkonferenz zu regeln, welche bis jetzt noch nicht feststeht. Die demokratischen Anhänger jubelten ihm laut zu, als er seine Absicht verkündete, zu der Friedenskonferenz nach Europa zu reisen, während die Republikaner sich ruhig verhielten. Nach seiner Rede, die dreiviertel Stunden dauerte, verließ er den Sitzungssaal unter lautem Jubel der Demokraten. Die Republikaner hatten während seiner Rede keine Zwischenrufe gemacht.

Die Deutschen in Ungarn.

Wien, 3. Dez. (W.T.B.) Meldung des Wiener Telegraphen-Korrespondenzbüros. Die „Deutschen Nachrichten“ melden aus Oedenburg, daß die Sonntagsveranstaltungen deutscher Gemeinden in den westungarischen Komitaten Preßburg, Wieselburg, Oedenburg und Jénburg in einer Entscheidung einstimmig von der ungarischen Regierung volle Autonomie auf ihrem Siedlungsgebiete und einen deutschen Volkskommissar zu seiner Leitung gefordert, sowie die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung für die Westungarn zur Beratung über die Einrichtung einer Selbstverwaltung beschlossen haben.

Vom südslawischen Staat.

Budapest, 3. Dez. Gestern wurde dem serbischen Prinzen Alexander in Belgrad die Adresse der Südslawen, in der die Übertragung der Regierungsgewalt in dem einheitlichen Nationalstaat der Serben, Montenegriner, Kroaten und Slowenen an König Peter ausgedrückt wird, überreicht. Der Thronfolger Alexander proklamierte in seiner Antwort die Vereinigung Serbiens mit den Ländern des unabhängigen Staates der Slowenen, Kroaten und Serben zu einem einheitlichen Königreich. In der Adresse wird darauf verwiesen, daß große, kostbare Gebiete des nationalen Gebietes von italienischen Truppen besetzt seien, doch seien die Südslawen nicht gewillt, obwohl Italien mit der Entente verbunden sei, irgend welche Verträge, die den südslawischen Ansprüchen widersprechen, auch den Londoner Vertrag nicht, anzuerkennen. In Kragujevac herrscht unter dem Eindruck der Schaffung des südslawischen Staates großer Jubel.

Ein Kongress der Föderativstaaten Rußlands.

Kiew, 30. Nov. (W.T.B.) „Kiewskaja Wpse!“ meldet: Der Ministerrat beschloß, die russischen Einzelstaaten, die auf dem Boden der Föderation stehen und zwar Don, Kuban, Krim und Weiskrland, zu einem Kongress in Kiew in der zweiten Hälfte des Dezember einzuladen zur Beratung über die Bildung eines Föderativbundes und einer gemeinsamen Vertretung auf der Friedenskonferenz.

Wohlstandes aus dem Meer.

Berlin, 3. Dez. Eine im Reichstag abgehaltene Versammlung von 4000 aktiven Unteroffizieren der deutschen Armee, Marine- und Schutztruppen, faßte eine Entschließung, worin sie die Zusammenhaltung aller deutschen Lande in einer geordneten starken einheitlichen Republik forderten, sich gegen bolschewistische Treibereien aussprachen und für Arbeitsführung und Sicherung der Nationalerhebung eintraten.

Keine Standgerichte.

Berlin, 3. Dez. (W.T.B.) Der Rat der Volksbeauftragten beschloß gegenüber einigen Anträgen, die Einsetzung von Standgerichten zur Aburteilung bestimmten Arten von Verbrechen abzulehnen. Gemeingefährliche Verbrechen sind von den zuständigen Behörden mit größter Beschleunigung zur Aburteilung zu bringen, aber im Rahmen eines ordentlichen Verfahrens. Wer die Gesamtheit durch eine strafbare Handlung gefährdet oder schädigt, soll rasch mit der verdienten Strafe belegt, aber seinem gesetzlichen Richter nicht entzogen werden.

Wirtschaftliche Maßnahmen.

Berlin, 3. Dez. Wie die der Regierung nahestehenden „Pol.-parl. Nachrichten“ hören, werden die Arbeiten zur Aufhebung der Güterbesitzverhältnisse in Preußen beschleunigt. Es handelt sich um 14000 Güterbesitzer, die außerhalb jeder Gemeindeverfassung stehen und in denen der Gutsherr bisher souverän schaltete. Wie dieselbe Korrespondenz mitteilt, hat das preussische Landwirtschaftsministerium angeordnet, daß in den Staatsforsten ein möglichst hoher Abschlag von Wild herbeigeführt wird. Ebenso soll mit allen Mitteln auf eine Erhöhung der Ergebnisse des Fischfangs hingewirkt werden. Der Fischfang war besonders deswegen zurückgegangen, weil während des Krieges der Bestand an Reizen nicht hatte vervollständigt werden können. Es ist deshalb vorgeordnet, daß die Reize für die Hofteichjagd unter entsprechender Umarbeitung den Fischern zur Verfügung gestellt werden. Zur Erweiterung der vorhandenen Anbaufläche ist auch Bedacht darauf genommen. Moore und Deeland zu kultivieren. Hierfür sollen besonders Arbeitslose engagiert werden. Für angemessenen Lohn, gute Unterkunft und ausreichende Verpflegung der Arbeiter sollen Garantien geboten werden. Schließlich ist zur Milderung einer eventuell eintretenden Heimatsnot die Vermehrung des Holzschlages in den Staatsforsten angeordnet worden. Auch auf die Besitzer von Privatforsten soll von der Regierung in diesem Sinne eingewirkt werden.

Vortsetzung der Heeresaufträge.

Berlin, 3. Dez. (W.T.B. Amtlich.) Die Rücksicht auf den Wiederaufbau unserer Wirtschaft erfordert eine möglichst schnelle Einstellung der Rüstungsarbeiten. Da es aber in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitskräfte in vollem Umfang weiter zu beschäftigen, wenn die Rüstungsarbeiten plötzlich vollkommen eingestellt werden, noch bevor Friedensarbeiten ausführbar sind, so müssen die Heeresaufträge teilweise fortgesetzt werden. Solche Arbeiten werden ebenfalls wie bereits ordnungsmäßig abgelieferte Gegenstände von der Heeresverwaltung bezahlt. Hierüber bestehende Zweifel haben zu Arbeitsstellenverlusten und Arbeiterentlassungen geführt, die besser vermieden worden wären.

Verwertung des frei gewordenen Armeematerials.

Berlin, 1. Dez. (W.T.B. Amtlich.) Eine Hauptvoraussetzung für die Wiederaufrichtung der heimischen Volkswirtschaft ist die reifliche Erfassung und Verwertung des ganzen durch die Demobilisation freierwerdenden Armeematerials jeder Art. Wer Heeres- oder Marinegut verschleudert, schlecht beaufsichtigt, sich aneignet oder unvorsucht

veräußert, schädigt ebenso wie der Käufer solcher Güter unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau. Er entzieht die Güter den Volksgenossen, die ihrer am dringendsten bedürfen, verhindert die Abbildung unserer Schulden, zu der der Erlös aus dem geordneten Verkauf dieser Güter beitragen soll, und vermehrt die finanziellen Lasten des gesamten Volkes. Es ergeht daher an jedermann der Aufruf, dazu mitzuhelfen, daß von diesen Milliardenwerten nichts durch Nachlässigkeit oder Untreue verloren geht. Dabei darf nichts als zu geringfügig angesehen werden. Zur Durchführung einer geregelten Verwertung des frei werdenden Heeresgeräts jeder Art ist das im Bereiche des Reichswehrministeriums errichtete Verwertungsamt für frei werdende Heeres-, Marine- und sonstige reichseigene Güter Berlin NW. 7, Unter den Linden 78, ausschließlich bestimmt. Das Verwertungsamt wird Zweiganstalten in allen Bundesstaaten und an größeren Plätzen des Reiches begründen. Alle Stellen werden aufgefördert, das Amt in seinen Arbeiten zu unterstützen.

Die Spartakusgruppe und ihre Gedankengänge.

Berlin, 2. Dez. Ebenso wie die Sozialdemokratie und die deutsche demokratische Partei hielt auch der Spartakusbund gestern eine Reihe von Versammlungen ab, die zum Teil einen lärmenden Verlauf nahmen. Karl Liebknecht fand mit seinen Ausführungen starken Beifall, zum Teil aber auch lebhaften Widerspruch. Er wandte sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung. Die Verschwörung gegen das Proletariat und gegen die Sozialisierung sei gegeben. Was werde denn eine solche Nationalversammlung anders sein als die Fortsetzung der Reichstagswählerbünde. Auf die Soldaten sei gar kein Verlaß. Die meisten von ihnen machten die Revolution eben mit und warteten besser. Jetzt ab — Rosa Luxemburg stellte fest, daß sogar die Unabhängigen nicht mehr mit der Spartakusgruppe gemein hätten und forderte dazu auf, die Waffen zu ergreifen gegen die jetzige Regierung. Die Ziele der Spartakusgruppe seien Vernichtung des Kapitalismus, Richtigstellung sämtlicher Kriegsschuldverhältnisse, Sozialisierung der Wirtschaft, Konfiskation sämtlicher Lebensmittel zum Zwecke der Verteilung, Vornahme der alten Regierung zur Rechenschaft über die bisher verfolgte Politik. Als weitere Redner und Rednerinnen sich gegen Rosa Luxemburg wandten, wurden sie niedergeschrien.

Ein Aufruf deutscher Hochschul-Professoren.

Einige hundert Professoren erlassen eine Kundgebung zur Nationalversammlung, worin sie an die Führer aller politischen Parteien die dringende Bitte richten, „unter Fortsetzung aller parteipolitischen Programme zunächst einmütig und geschlossen die unverzügliche Vorbereitung und Einberufung der deutschen Nationalversammlung zu fordern und zu erreichen, unter Hinweis auf die notwendige Beschleunigung des Friedensschlusses. Die deutsche Nationalversammlung ist das dringendste Erfordernis der Stunde, nicht um den bürgerlich-demokratischen Reizen, wie vielfach behauptet wird, die Teilnahme an der Regierung zu verweigern, sondern um zu verhindern, daß dem ganzen deutschen Volke ein Freude aufgezungen wird, der die Grundlagen seines Daseins auf Tausenderte vernichtet.“

Aus der Bad Emser Tagung der Soldatenräte des Feldheeres.

Bad Ems, 2. Dez. Folgende Entschließung gelangte am gestrigen Verhandlungstag zur beinahe einstimmigen Annahme: „Wir, die in Bad Ems versammelten Delegierten des Feldheeres gründen die neue deutsche Freiheit, gründen die junge deutsche Republik. Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, sowohl gegen gegenrevolutionäre Bestrebungen von rechts, die auf eine Wiederaufrichtung des alten Regimes hinarbeiten, als gegen Versuche von links, die Gewalt von oben durch die Gewalt einer Minderheit von unten zu erheben, denn dann würde nur der Friede verhindert, die Einheit des Reiches gefährdet, die Ordnung im Innern aufgelöst und ein Neubau des Vaterlandes unmöglich gemacht. Beide Versuche führen lediglich zum Bürgerkrieg. Für den Neubau ist die politische Demokratie, aber auch um die Folgen des verwickelnden Krieges zu heilen, die schrittweise Sozial-

isierung der dafür reifen Betriebe notwendig. So müssen wir vor allen Dingen die heiligen Pflichten, die das Volk gegen die Opfer des Krieges, die Witwen und Waisen unserer gefallenen Kameraden und die Kriegsbeschädigten, hat, erfüllen. Nur so ist es möglich, die sozialpolitischen Forderungen des arbeitenden Volkes, der Hand- und Kopfarbeiter zu verwirklichen. Um so mehr beklagt der Vertretertag die Streiks der lebenswichtigen Industrie. Wir, die in jahrelangen schweren Kämpfen unser Leben eingesetzt haben, appellieren an die Einheit und die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft, den Wiederaufbau Deutschlands nicht durch Arbeitsverweigerungen zu gefährden; denn gerade die unmittelbaren Bevölkerungsteile würden am schwersten an den Folgen zu leiden haben und unsere Existenzmöglichkeit würde aufs ernsteste gefährdet werden. Der Vertretertag ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine gesetzmäßige Regierungsgewalt gegründet werden muß. Er verlangt deshalb die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Die Teilnahme an der Wahl muß für alle wahlberechtigten Angehörigen des Heeres gesichert sein. Der Vertretertag hat das Vertrauen zu der Regierung Ebert-Haase, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einsetzt wird. Er stellt sich deshalb im Namen des Feldheeres entschlossen hinter sie.“

Wie diese Resolution, so zeigt die ganze Haltung des Vertretertages, daß die Stimmung der Frontsoldaten bisher ganz überwiegend von radikalen Tendenzen frei ist. Die Versammlung verzögert sich schließlich auf Montag morgen.

Den zweiten Verhandlungstag eröffnet eine Erklärung von May im Namen der Vertreter des bayerischen Feldheeres für die Einheit des Reiches und die Regierung Ebert-Haase. Das ganze bayerische Heer müsse unverzüglich in die Heimat beordert werden; es dürfe nicht gegen seine Landsleute in der Heimat ausgepielt werden.

Schreiber (H.A.B.) erhebt im Namen aller Vertreter seiner Armeeabteilung nachträglich Einspruch gegen 1., daß gestern die Regierungsvertreter die Debatte so hart befehrt haben, daß die Frontsoldaten ungenügend zu Worte gekommen sind und 2. gegen den parteipolitischen Inhalt der Reden der Regierungsvertreter. Die Vertreter der H.A.B. stellen fest, daß sie mit Ausnahme der gestrigen Resolution, nicht für eine sozialistisches Programm, sondern lediglich für Unterstutzung der gegenwärtigen Regierung sich einsetzen wollten.

Eine Kommission des Vertretertages gibt Richtlinien über die Befugnisse der Soldatenräte bekannt, die aber nicht als Vorschriften, sondern nur als unverbindliche Ratschläge gelten sollen: Disziplin muß aufrecht erhalten bleiben; außerhalb des Dienstes kein Gruppierung; gleiche Ernährung für Offiziere und Mannschaften; Mitwirkung der Soldatenräte bei allen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Truppe; auch der Dienst wird in regelmäßiger Fällung mit dem Soldatenrat angelegt.

Ein Antrag, daß in die Soldatenräte nur solche Offiziere gewählt werden dürfen, die schon vor der Revolution Sozialdemokraten waren, wird abgelehnt mit der Begründung, daß dies undemokratisch sein würde. Eine große Anzahl von Anträgen wird der Regierung als Material überreicht. Der Vorschlag, den Mitgliedern der Frontsoldatenräte in Zukunft eine Vergütung zu zahlen, wird gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Weiter wird sehr ausführlich die Frage besprochen, ob die Soldaten des Feldheeres einen eigenen Zentralrat bilden sollen. Es wird beschlossen, den Soldatenrat bei der D.H.L. weiter die Zentralorgane führen zu lassen. Für die Wahl der fünf Vertreter, die sofort in den Berliner Volksrat einzutreten sollen, präsentiert jede vertretene Armee (im ganzen 13) aus ihrer Mitte einen Kandidaten, der sich dem Vertretertag mit Angabe seiner Lebensstellung und politischen Gesinnung vorstellt. Es sind ausnahmslos Sozialdemokraten, von denen nur zwei sich zu den Unabhängigen bekennen, aber auch diese erklären sich für schnelle Einberufung der Nationalversammlung und unbedingte Unterstützung der Regierung Ebert-Haase. Der Vertrauensmann der 17. Armee, Steinmann, bekennt sich zum linken Flügel der Mehrheitssozialdemokratie, verlangt aber, daß auch die bürgerlichen Parteien von der Regierung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Dieser Kandidat und die vier allernähesten seiner Kameraden werden zum Berliner Volksrat gewählt.

Das stolze Schweigen.

Roman von H. Courths-Mahler.

34) (Kontinuation des vorigen)

Miß Grace sah von dem Bild zu Frau Dina hinüber, als wollte sie diese im Geiste neben ihren verstorbenen Gatten stellen. Sie nicht vor sich hin, als habe sie das Ergebnis befriedigt und sagte zu Ruth:

„Nun wird Ihnen auch gefallen mein Papa — er wird Sie immer erinnern an Ihre Papa, weil er hat so viel Ähnlichkeit. Ist Ihre Vater schon lange gestorben?“

„Er ist seit drei Jahren tot“, erwiderte Ruth.

„Ich habe“, sagte Miß Grace, das Bild wieder auf den Kamin stellend. Und dann fuhr sie fort: „Sieh um dich, Tante Nell, dies ist eine deutsche Heim von zwei Aristokratinnen. Gefällt es dir?“

Tante Nell zuckte mit dem Kopf und sagte entschuldigend zu Frau von Godes:

„Grace muß immer sagen, was sie denkt.“

„Das ist sehr lobenswert“, erwiderte Frau Dina lebenswürdig.

Miß Grace drehte sich lachend nach ihr um.

„Sagen Sie auch, was Sie denken, Frau von Godes?“

Diese lächelte fein.

„Nicht immer. Leider gestatten das weder unser gesellschaftliches Leben, noch unsere Verhältnisse. Sie sind in einer sehr glücklichen Lage, Miß Sund, wenn Sie immer sagen dürfen, was Sie denken.“

Miß Grace nickte.

„Well, darüber bin ich auch sehr voll Glad. Und zu mich dürfen Sie immer sagen, was Sie denken, daß, wenn Sie denken: diese Miß Sund sein glücklich. Ich liebe Ehrlichkeit über alles.“

„Auch wenn Sie Ihnen unangenehm ist?“ fragte Frau Dina lächelnd.

„Oh, Ehrlichkeit ist immer angenehm für mich. Aber Sie sollen nicht denken, Miß Sund sein glücklich, sondern, Miß Sund ist nicht schlimmer als andere Menschen.“

„Ich glaube und denke, daß Miß Sund sogar viel besser ist als viele andere Menschen“, erwiderte Frau Dina mit ihrem warmen, gütigen Lächeln.

Miß Grace schüttelte ihr die Hand und wurde vor Vergnügen ein wenig rot.

„Hast du gehört, Tante Nell?“ fragte sie schelmisch.

Tante Nell nickte wieder.

„Grace ist ein gutes Kind.“

Miß Grace hielt sich die Ohren zu.

„Nun wollen wir gehen, Tante Nell, geh auf. Also heute nachmittag um fünf Uhr im Hotel. Sie kommen gewiß?“

„Wir werden pünktlich sein, Miß Sund.“

„Well — das muß sein. Bei uns geht alles nach die Uhr. Auf Wiedersehen.“

Dann verabschiedete sich Miß Grace mit ihrer Tante Nell und sagte noch lächelnd und begütigend zu Frau Dina:

„Sie müssen nicht in Sorge sein um Ihre Tochter. Wenn Grace leiden mag, der hat es gut bei ihr.“

Als Miß Sund mit ihrer Tante unten ins Auto stieg, fand Ruth mit ihrer Mutter hinter der Gardine am Fenster. Sie sahen lächelnd, wie Miß Grace ihre Tante energisch ins Auto schob und dann eine Weile ziemlich ungeniert mit ihrem Fahrgangsführer unterhandelte. Dann stieg auch sie ein und das Auto fuhr davon.

Nun sahen sich Mutter und Tochter an.

„Wie gefällt sie dir, Ruth?“

„Sehr gut.“

„Wir auch — trotz ihrer ungenierten Art, aber die man lächeln muß. Also in Gottes Namen, Kind! Ich glaube, du bist in dem Hause Miß Sunds gut aufgehoben. Ich will es als ein gute Zeichen betrachten, daß Miß Sund Ähnlichkeit zwischen deinem und ihrem Vater entdeckt hat. Und es ist mir wirklich lieb, daß du deine neue Stellung gleich anstreben kannst — damit du Walter von Rainsberg nicht mehr zu begegnen brauchst. Dieser rabiate Mensch ist fähig, dich nochmals zu belästigen.“

„Wenn ich nur nicht immer daran denken müßte, Mama. Ich wage mich kaum aus dem Hause. Und ich bitte dich, vorläufig niemand zu sagen, wohin ich gehe. Es genügt ja, wenn du sagst, daß ich im Hause eines Amerikaners eine

Stellung angenommen habe, der falls in Amerika, teils in Deutschland lebt.“

„Ganz recht, Kind, so habe ich es mir auch gedacht. Walter von Rainsberg darf nicht erfahren, wo du bist.“

So war es beschlossene Sache, daß Ruth die Stellung als Gesellschaftlerin bei Miß Sund annahm.

Am Nachmittag begaben sich Mutter und Tochter in den Galhof.

Miß Sund und ihre Tante empfingen die Damen in einem eleganten, geräumigen Salon. Sie hatten eigene Dienerschaft mit und die ganze Art ihres Auftretens verriet, daß der Geldpunkt bei ihnen nicht in Frage kam.

Miß Grace trug ein entzückendes Teelkleid, und Tante Nell war in ein ganz eigenartiges, schweres Gewand gekleidet. Es war ganz anspruchslos gearbeitet, ganz unabhängig von jeder Mode, nur einfach der Bequemlichkeit der Trägerin angepaßt. Und dieses Gewand verriet, daß Tante Nell jede Eitelkeit mangelte.

Lebhaft und heiter kam Miß Grace ihrem Besuch entgegen, plauderte vergnügt und ungeniert drauf los, nötigte die Damen an den Teetisch und ließ sogleich einen mit allen Zinnesen arrangierten Fönfuhrtree herbeirufen.

Dann erledigte sie mit echt amerikanischer Rächternheit den geschäftlichen Teil. Sie legte ein Gehalt für Ruth fest, das dieser sehr hoch erschien. Aber Miß Grace meinte:

„Ich will haben, daß Sie sind immer sehr gut gefeiert und dafür müssen Sie haben eine große Gehalt.“

Sie teilte Ruth mit, daß sie mit ihrem Vater und Tante Nell eine Villa in Grugewald bewohne.

„Wir leben in Berlin mindestens ebensoviel wie in New York, und es ist nötig, so viel zu wohnen im Hotel. Papa will wohnen im eigenen Haus und hat gekauft eine Villa. Es gefällt mir in Berlin sehr gut, und wenn ich kein verheiratet, werde ich immer in Deutschland bleiben.“

„Grace wird sich noch in diesem Jahr verheiraten“, warf Tante Nell ein.

(Fortsetzung folgt.)

Wie wir zur Nationalversammlung wählen.

Die einschneidenden Änderungen dem bisherigen Reichstagswahlrecht gegenüber bringt das neue Wahlgesetz. Die Verabreichung des Wahlmündigkeitsalters auf das vollendete 20. Lebensjahr, das Frauenwahlrecht, die Einführung der Verhältniswahl für das ganze Reich und die Verteilung der Mandate nach der Kopfzahl. Wenn wir heute den Versuch machen, das Wesen der Verhältniswahl zahlenmäßig darzulegen, so können wir das nur an der Hand der Ergebnisse von 1912, wobei ausdrücklich betont werden muß, daß sie für die Zusammenfassung der künftigen Nationalversammlung gar nichts bezeugen. Die Verhältniswahl unterscheidet sich von dem alten Reichstagswahlrecht dadurch, daß sie eine Reihe von Kreisen zusammenfaßt und im Ergebnis auch die Minderheiten berücksichtigt. Früher war es so, daß diejenige Partei das Mandat bekam, die im ersten Gang die Mehrheit aufgebracht hatte. War das nicht der Fall, dann entschied die Stichwahl, d. h. sämtliche Wähler traten noch einmal an die Urne heran, um zwischen den beiden Kandidaten zu entscheiden, die die größte Stimmenzahl erhalten hatten. Dabei ergaben sich die schwersten Mißstände.

Wie stellt sich nun künftig die Verteilung der Mandate unter Zugrundelegung der Zahlen von 1912? Im Regierungsbezirk Wiesbaden wurden abgegeben: für die Liberalen 88 231 für die Sozialdemokratie 30 221 für die rechtsstehenden Parteien 31 789 und für das Zentrum 28 168, zusammen 228 000 Stimmen. Da auf den Regierungsbezirk bisher sechs Mandate fielen, so wird für je 38 000 Stimmen ein Reichstagsmitglied gewährleistet werden. Es hätten also erhalten müssen: die Liberalen zwei Mandate (Reich 12 000 Stimmen), die Sozialdemokratie zwei (Reich 4 200), die beiden anderen Parteien je eins. Da aber noch zwei verteilt werden müssen, so kommen nur die überschüssigen Stimmen in Betracht. Jetzt stehen Konstantine und Zentrum an erster Stelle, und jedem von ihnen fällt ein Mandat zu. Da die Verteilung auch 1912 die gleiche war, würde die Verhältniswahl hier keine Änderung herbeigeführt haben. Wie groß die Änderungen sein können, zeigen andere Wahlbezirke. In Groß-Berlin hatten 1912 die Sozialdemokraten 9, die Fortschrittler 1 Mandat. Nach der Verhältniswahl würden entfallen auf die Sozialdemokratie 7, die Fortschrittler 2, die rechtsstehenden Parteien, falls das Zentrum für sie eintritt, 1 Mandat. Im Regierungsbezirk Elberfeld würden die Konstantinen von ihren 6 Mandaten 4 verlieren. In Oberbayern hatte das Zentrum 6, die Liberalen und Sozialdemokraten je 1 Mandat. Richtig wäre, daß die Sozialdemokratie 2 Mandate vom Zentrum bekäme. Im Königreich Sachsen war die Verteilung: 1 Liberaler, 3 Rechtsstehende, 19 Sozialdemokraten. Nach der Verhältniswahl bekämen die Liberalen 7, die Rechtsstehenden 3, die Sozialdemokraten nur 13 Mandate.

Um einer Zersplitterung vorzubeugen, dürfen nur die vorgedruckten Listen abgegeben werden. Jede Partei benennt somit Kandidaten, als Mandate zu vergeben sind. Der Wähler hat nun zwischen diesen Listen zu entscheiden. Dadurch werden kleinere Gruppen gezwungen, sich zusammenzuschließen, da sie sonst fast völlig ausfallen würden. Ein Mißstand ist aber auch bei dieser Verhältniswahl anzuerkennen. Der einzelne Wähler kann nicht mehr den Kandidaten auf Herz und Nieren prüfen. Gefällt ihm Herr A. oder B. nicht, so muß er ihn trotzdem wählen, wenn er sich für seine Partei erkennen will. Es ist klar, daß damit die Wahlversammlung der Partei, in der die Kandidatenliste endgültig entschieden wird, ein sehr hohes Gewicht erhält. Der Einzelne wird dabei vollständig ausgeschlossen, zumal ja nicht der einzelne Kreis, sondern der ganze Regierungsbezirk, oft sogar die Provinz, die Listen aufzustellen hat. Die Wähler haben deshalb schon vorher ihre Wünsche bei der Parteileitung anzu bringen und mit aller Entschiedenheit durchzusetzen. Ist sie einmal fertiggestellt, so sind Änderungen nicht mehr gut möglich. Eine Opposition könnte nur auf die Gefahr hin mit einer eigenen Liste vorgehen, daß ihre Stimmen gar nicht in Rechnung kommen, weil sie nicht groß genug sind, um einen Kandidaten durchzubringen. Gewählt werden die Kandidaten in der Reihenfolge, in der sie aufgenommen sind. Entfallen auf eine Partei 3 Mandate, so sind die drei ersten gewählt, auch wenn durch Zersplitterung der vierte mehr Stimmen erhalten haben sollte. Stirbt einer der Erählten, oder legt er sein Mandat nieder, so tritt ohne Neuwahl der vierte in die Nationalversammlung ein.

Nun noch ein Wort über die Bezirkseinteilung. Es sind 435 Mitglieder der Nationalversammlung vorgesehen, wobei man Wahlkreise und die politischen Gebiete noch mitberücksichtigt hat. Ob dort Wahlen noch möglich sind, bleibt abzuwarten. Die Zahl der Mandate für die einzelnen Landesgebiete ist nach der Bevölkerungszahl berechnet worden, und zwar für je 150 000 Seelen ein Abgeordneter. Dadurch entstehen gegen bisher beträchtliche Verschiebungen. So erhält Ostpreußen statt 17 nur 14, Westpreußen statt 13 nur 11 Vertreter dagegen der Regierungsbezirk Potsdam mit Grob-Berlin statt 16 nun 33. Pommern statt 14 nur 11. In Hessen-Raffau ist infolge einer völligen Umänderung eingetreten, als die Kreise Schaumburg und Schmalfaden abgetrennt wurden, während Wehlau und das Fürstentum Waldeck mit ihm wählen. Er erhält in dieser Form fünfzehn Mandate. Die Industrialisierung im Rheinland drückt sich ebenfalls in einer erhöhten Mandatszahl aus. Der Industriebezirk Düsseldorf erhält statt 12 23 Mandate. Das ehemalige Königreich Sachsen statt 23 32. Das Übergewicht des flachen Landes, das in den bisher geltenden Bestimmungen noch sehr stark zum Ausdruck kam, ist damit zugunsten der Städte beseitigt worden.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 4. Dezember 1918

a. Truppeneinrichtung. Schon von 7 Uhr morgens an begann heute der Durchzug der Truppen. Alle waren in bester Stimmung. — Neben konzentrierte die Kapelle der durchmarschierenden Truppen auf dem Marktplatz. Auch begleitete sie einen toten Kameraden bei der Beerdigung der Reihe nach dem Mahdai.

a. Glotter Betrieb der Pferdemeiereien. Da jetzt wieder ein größeres Angebot in Schlachtpferden besteht, so haben auch hier die Pferdemeiereien einen besonders lebhaften Betrieb im Verkauf von Pferdefleisch und daraus hergestellter Würst. An Abnehmern ist kein Mangel. Die Scheu vor dem Genuß von Pferdefleisch ist während des Krieges mehr und mehr geschwunden.

a. Zur achtstündigen Arbeitszeit in der Eisenbahnhauptwerkstätte. Durch Einlegung einer

1/4-stündigen Ruhe- und einer ebenso langen Besperpause endigt die Arbeitsschicht mittags um 2 1/2 und abends um 11 Uhr. Es bleibt dadurch die volle achtstündige Arbeitszeit erhalten.

* Der Verein der deutschen demokratischen Partei erteilt dieser Tage folgenden Aufruf an die Soldaten: „Angezwungen lehrt Ihr in die Heimat zurück. Aber Ihr findet diese Heimat von jenen Stürmen erschüttert. Eine neue Zeit ist angebrochen. Die Revolution hat alle rücksichtslos Gewalten hinweggesetzt und dem freien deutschen Volksstaat Bahn gebrochen. Die deutsche Republik ist im Werden. Mit Euch und uns ist die ganz überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes in dem entschlossenen Willen einig, daß diese deutsche Republik uns als dauerndes Gut erhalten bleiben muß. Jeder Versuch der Reaktion wird an diesem Willen scheitern. Aber andere Gefahren bedrohen die Errungenschaften der letzten Tage: die Härte der Waffensstillstandsbedingungen, verbunden mit der überfüllten Räumung der linksrheinischen Gebiete und mit der Auslieferung eines großen Teiles unserer Wagen und Lokomotiven, die Feindseligkeiten der Tschechen und Polen, die innere Parteierkämpfung, der unheimlich drohende Mangel an Nahrungsmitteln. Das alles kann nur durch äußerste freiwillige Disziplin und Einigkeit überwunden werden. Ihr wißt es, was Massenorganisation heißt, Ihr wißt, daß das Vertragen einzelner Teile die größten Gefahren für das Ganze bedeutet. Darum vor allem keine Zersplitterung, vor allem Einigkeit und nochmals Einigkeit! Nur Zusammenfassung aller Kräfte kann das Verhängnis noch abwenden. Keine Diktatur von rechts oder links, keine Klassenherrschaft kann die Geschlossenheit des Volks erzwingen. Diktatur und Klassenherrschaft bedeuten den Kampf aller gegen alle. Der Wille der Gesamtheit, dargetan in der aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung, gibt Kraft und Einigkeit. Wollen wir Gefahr laufen, daß infolge unserer Unordnung und Zersplitterung die Feinde den Friedensschluß hinauszögern, daß sie um so länger deutsches Gebiet besetzt halten, daß sie uns die Versorgung mit Lebensmitteln verweigern? Nein und nochmals nein! Ihr habt nicht vier Jahre gelämpft und gelitten, damit das Deutsche Reich zerfällt, damit wir statt des Friedens Hungersnot und feindliche Bedrückung erleben. Wir brauchen sofort eine aus freien Wahlen des ganzen deutschen Volkes hervorgegangene Nationalversammlung zur Herstellung einer geordneten gleichmäßigen Regierung. Ohne Nationalversammlung kein Friede! Ohne Nationalversammlung keine deutsche Einheit! Ohne Nationalversammlung Hungersnot und Elend! Diese Gedanken werden von der Deutschen demokratischen Partei vertreten. Sie wird sie in Gemeinschaft mit allen, die nicht reaktionär oder terroristisch sind, verfolgen bis zum Siege. Schließt Euch der Demokratischen Partei an!“

des Erzhofen, 3. Dezember. Am 2. Dezember abends verstarb infolge eines Schlaganfalls der hiesige Ortsgemeinliche Herr Pfarrer Hagemann im Alter von 78 Jahren. Er wirkte in der Partei Elshofen seit 1888 und wurde bekanntlich während seiner Amtszeit und unter seiner Leitung die schöne Pfarrkirche dahier erbaut, die am 9. August 1891 eingeweiht wurde. Pfarrer Hagemann war ein hiediger Weisheits- und bis zum Tode mit seiner Gemeinde treu verbunden. Bei seinem goldenen Priesterjubiläum, das er letztes Jahr beging, kam die Verehrung für den alten Ortsgemeinlichen so recht zum Ausdruck. Schon im früheren Zeit wirkte er in der Diözese Limburg, so u. a. auch in den Parteien Rastatt und Pöhl. Er ruhe in Frieden!

Wiesbaden, 2. Dez. Der Biedricher Arbeiter- und Soldatenrat hat dem Regierungspräsidenten v. Meißner ein Ultimatum gestellt zwecks anderweitiger Befreiung des Landratspostens für den Landkreis Wiesbaden. Kammerherr v. Heimbürg, der bereits als Wiesbadener Polizeipräsident vom hiesigen Soldatenrat abgesetzt wurde, hat vorläufig einen Urlaub angetreten.

D. Vom Fuße des Taunus, 2. Dez. Trotz den in fast allen Gemeinden wegen der unsicheren Zeit eingeführten Schutz- und verstärkten Nachtwachen gelingt es Diebesgeheulen nach wie vor, ihr Handwerk mit Erfolg auszuüben. Die Klagen über fortgesetzte nächtliche Diebstähle mehren sich in den letzten Wochen in einzelnen Gemeinden von Tag zu Tag. In der Hauptsache ist es auf Stallhöfen, Säbner, gelegentlich auch auf Schweine und Kleinvieh abgesehen.

Frankfurt, 3. Dez. In Weisburg hat sich der Verein der fortschrittlichen Volkspartei der Deutschen demokratischen Partei angeschlossen, ebenso die Ortsgruppen der fortschrittlichen Volkspartei in Limburg und Diez.

Amstlicher Teil

(Nr. 281 vom 4. Dezember 1918)

Nach telegraphischer Mitteilung des Herrn Staatssekretärs Erzberger können die ordnungsmäßig demobilisierten Wehrmänner im beheimateten Gebiet verbleiben.

Das Requisitionsrecht erstreckt sich nach Artikel 9 des Waffensstillstandsabkommens auf die Bedürfnisse der alliierten Besatzungstruppen und wird durch die einheimischen Behörden vollzogen. Der Unterhalt der Besatzungstruppen erfolgt auf Kosten der deutschen Regierung.

Wiesbaden den 29. November 1918.

Der Regierungspräsident.

In Vertretung: Stöcker.

D. R. 129. II.

Diesem Herrn Bürgermeister des Kreises, welche noch mit der Erledigung meiner Kreisblattverfügung vom 30. vor. Mts. (Kreisblatt Nr. 278) betr. Einlegung einer Zusammenstellung über erteilte Bezugscheine der Wehr-, Wirt- und Stridwaren im Maßlande sind, werden an umgehende Erledigung erinnert.

Limburg, den 4. Dezember 1918.

R. A. Der Vorsitzende des Kreisaußenbüros.

Bekanntmachung.

Betreffend die Einstellung der Erzeugung von Heeresbedarf. Im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat bestimme ich für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes:

1. Rohstoffe jeder Art, insbesondere Leder, Metall und Textilstoffe, die in ihrer jetzigen Form ohne weitere Bearbeitung zu Friedenszwecken verwendet werden können, dürfen zur Erzeugung von Kriegsmaterial nicht mehr verarbeitet werden.
2. Keine Munitionsbetriebe sind am 22. November 1918 still zu legen. Als solche kommen in Betracht:
 - a. Munitionsbetriebe, die vor Ausbruch des Krieges der Metallindustrie nicht angehörten,
 - b. Munitionsbetriebe, die nicht in der Lage sind, sofort eine größere Anzahl ihrer Arbeiter mit Friedensarbeit zu beschäftigen.
3. Gemischte Betriebe.

Den Stammbetrieben der Metallindustrie wird gestattet, ihre Herstellung von Gegenständen, die lediglich Kriegszwecken dienen, allmählich abzubauen. Die Erzeugung solcher Gegenstände ist jedoch spätestens am 6. Dezember 1918, abends, völlig einzustellen.

Wiesbaden, den 21. November 1918.

Der Demobilisationskommissar:

In Vertretung: gez. Köster.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 23. November 1918.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

1. Alle Verwaltungsbehörden in Stadt und Land werden hierdurch aufgefordert, unter Heranziehung der zur Aufrechterhaltung der Ordnung gebildeten Organisationen mit größtem Nachdruck dahin zu wirken, daß

alle Versprengten

angehalten und möglichst zu kleinen Trupps unter Führung eines Offiziers oder Unteroffiziers zusammengefaßt werden. Sie sind den nächst durchmarschierenden oder in der Nähe liegenden geschlossenen Truppenverbänden zuzuführen, die sie ihrem Verband unter Meldung an die vorgesetzte Dienststelle eingliedern. Nur so kann eine geordnete Verpflegung, Unterbringung und Rückkehr in die Heimat wie richtige Entlassung gewährleistet werden.

2. Soldaten, die ihnen dienstlich anvertraute Sachen, wie Bekleidungsstücke, Waffen, Pferde, Vieh usw. veräußern, machen sich des Diebstahls oder der Unterschlagung schuldig, sie handeln pflichtvergessen und schaden der Gesamtheit des Volkes. Sie werden unnachsichtlich gerichtlich verfolgt werden und haben auf spätere Begnadigung nicht zu rechnen.

Wichtig jedes ehrliebenden Soldaten wie der Bevölkerung ist es, solche Schandtaten zu verhindern und Schuldige zur Anzeige zu bringen. Wer andererseits solche Sachen von Soldaten erwirbt, setzt sich der gerichtlichen Bestrafung wegen Hehlerei § 259 St. G. B. aus.

H. O. K. 5.

Die Herren Bürgermeister sowie die Herren Gendarmeriewachmeister wollen für die Durchführung vorstehender Anordnungen strengstens Sorge tragen.

Versprengte werden den in den nächsten Tagen auf den Marschstraßen Nentershausen, Göggenhausen, Staffel, Obertiefenbach, Hechholzhausen, Kirberg und Camberg marschierenden Truppenverbänden anzugliedern sein.

Ich mache darauf aufmerksam, daß alle diejenigen, welche auf unrechtmäßige Weise Heeresgut erwerben, früher und später zur Rechenschaft gezogen werden können, weil sie keinen behördlichen Herkunftsschein bei der kommenden Kontrolle vorlegen werden können.

Diesem Personen, welche trotz obigen Verbots Heeresgerät usw. von Soldaten aufkaufen, begehen eine gemeine Hehlerei!

Wie mir mitgeteilt wird, sind besonders Händler, eben am Werk, namentlich Pferde aufzukaufen oder schlecht gegen gute zu vertauschen. Diese warne ich ganz besonders. Alle Polizeiorgane, aber auch alle Bürger fordere ich auf, ihr Augenmerk auf solche Personen ganz besonders zu richten und mir im gegebenen Falle die Anzeigen hierüber zu übersenden.

Limburg, den 22. November 1918.

Der Landrat.

Quartier-Billetts

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Danksagung.

Für die bewiesene herzlichste Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Herr Georg Dönd

sagen wir allen unsern

herzlichsten Dank.

Vermessungsassistent Dönd u. Familie.

Limburg, den 1. Dezember 1918. 7(280)

In unserem Genossenschaftsregister wurde heute unter Nr. 2 — **Vorschufsverein zu Limburg** eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht — folgendes eingetragen:

Die Bekleidung des Bürgermeisters a. D. Wilhelm Großmann in Limburg als stellvertretendes Mitglied des Vorstandes bei Verhinderung des Vorstandes Mitgliedes Hofmann ist erledigt.

Der genannte Bürgermeister a. D. Wilhelm Großmann in Limburg ist aber jetzt an Stelle des verstorbenen Vorstandes Mitgliedes Theodor Böhler in Limburg zum Mitgliede des Vorstandes (Direktor) bestellt. 4 281

Limburg a. d. L., 9. November 1918.

Das Amtsgesicht.

Vorschufsverein zu Limburg

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Wir machen diejenigen Mitglieder, welche Ihren Geschäftsanteil von Mark 500.— noch nicht voll bezahlt haben, darauf aufmerksam, daß nur die bis zum 31. Dezember bezahlten Beträge an dem Geschäftsergebnis des folgenden Jahres teilnehmen und daher eine etwa beabsichtigte Vollzahlung am zweckmäßigsten in diesem Monat erfolgt.

Limburg, den 3. Dezember 1918.

2(281)

Der Vorstand.

Erste Bürogehilfin

sofort oder zum 1. Januar gesucht.

Schriftliche Angebote erbeten.

5(281)

Rechtsanwälte **Kottenhoff & Bertram,**
Limburg.



Weihnachtsbitte

der Erziehungs- und Pflegeanstalt
Scheuern bei Nassau a. d. Lahn.

Weihnachten, das Geburtsfest des Heilandes, in dem Gott der Menschheit die allergößte Freude bereitet hat, kommt wieder heran, und da wagen wir es, trotz des Drucks der Zeit um Gaben der Liebe zu bitten, damit wir auch in diesem Jahre jedem eine kleine Freude bereiten können. Wer möchte den an die Schattenseite des Lebens Verwiesenen und doch so gern Fröhlichen die Christfreude nehmen? Freilich wird's sehr sparsam und praktisch sein das Christkind 1918, aber unsern Kindern läßt sich auch mit Wenigem viel Freude bereiten.

Darum bitten wir unsere Freunde in Stadt und Land herzlich um ihre Hilfe, um Gaben in Geld, Spielsachen, Schwaren, Bekleidungsstücke usw. Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwendung und sind für jede, auch die kleinste Gabe herzlich dankbar. Es ergeht besondere Danksagung.

Allen unseren Wohltätern wünschen wir in dieser ersten Kriegszeit ein gesegnetes Christfest!

Martin, Pfarrer

Vorsitzender des Vorstandes.

Codt,

Direktor.

Die Postfachnummer der Anstalt ist Frankfurt a. M. 4000.



Danksagung.

Aus dem Felde zurückgekehrt, finde ich meine innigstgeliebte, unvergessliche, teure Gattin

Frau Margarete Hübinger

geb. Belzer

mir durch den Tod entrissen.

Für die überaus zahlreichen Beweise wohlthuender Teilnahme bei dem frühen Heimgang der nun sanft im Herrn Ruhenden, spreche allen meinen tiefgefühlten Dank aus. Besonderen Dank für die vielen gestifteten hl. Messen, den ehrwürdigen Schwestern für die liebevolle Pflege, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden.

Der tieftrauernde Gatte

Josef Hübinger.

Limburg, den 4. Dezember 1918.

6(281)

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen
VIII. Kriegsanleihe haben vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zwischenscheinen umgetauscht worden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Zugleich übernehmen sämtliche Reichsbankstellen mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankstellen erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4 1/2 % Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4 1/2 % Schatzanweisungen von 1918 folgt VIII findet gemäß unserer Bekanntmachung d. Nr. 10 veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankstellen mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein u. Grimm

Feinkosthandlung Käthe Grim, Limburg

(Neben dem Bez.-Kommando)

empfiehlt:

Reine Gewürze zu Schläuchtungen, Back- u. Vanillpulver, Vanillzucker, Kuchengewürze, Mandel- und Citronen-Essenz, Florians Götterspeise, Löhders Schaumspise, Edelpilz- u. Salat-Sose, Fleischersatz-Plantox, Tafelsenf, Wäsche-Artikel: Hafrade, Dr. Böhm's Barnus, Schmitz-Bonn's Bleichhilfe, Brillantstärke Hansa, Soda-Kristall. — Tabak, Aromatischer Grob- und Mittelschnitt. — 9(278) Lederfett, Heftpflaster.

Paprika in Röhren zu 72 Pfg. pro Pfd. Mk. 12.50

Rasier-Apparate

Rasierklingen

Rasier-Messer

Glaser & Schmidt,

Limburg.

1(272)

Kriegsinvalide

findet Stellung als Auf-
fütterer für kleinen Vieh-
stand u. als Pferdeshofer
für 7 Pferde (nebst 30 Schaf-
Melkungen nach 8(277)

Entscheidung
Hof. Hansen
Station Niederfelders,
Post Eisenbach (Tannus).

Mädchen

vom Lande zur anschließlichen
Verrichtung von Hausarbeit
in kl. Familie in der Stadt
gesucht. Eintritt möglichst
sofort.

Näheres sagt die Geschäfts-
stelle d. Bl.

Junges 5 280

Dienstmädchen

von 16 bis 17 Jahren gesucht.

Von Heli, Wlgr. 4.

Tüchtige

Zeitungsträgerin

per 1. Januar gesucht. 7(281)

Agentur der
Frankfurter Zeitung,
Kornmarkt 5.

Rossländerei

kann 2 vollfleischige Pferde

kaufen auf 9(277)

Entscheidung

Hof. Hansen

Station Niederfelders,

Post Eisenbach (Tannus).

Großer eiserner

Zimmerofen

mit Kochvorrichtung u. Rohr

zu verkaufen. 8(281)

Frankfurterstr. 19.

Arbeitsbücher

zu haben in der

Kreisstadt-Druckerei.

Werner Sengerstr. 6
Ecke Dörsenstraße

Zahnpraxis
von
A. Michels, Dentist
Sprechstunden:
an Werktagen von 9 bis 12 u. 1 bis 6 Uhr
an Sonntagen von 9 bis 3 Uhr. 3(275)

Limburg
an der Lahn.

Vaterländischer Frauenverein Limburg.
Der nächste
Arbeitstag
findet am Mittwoch, dem 11. d. Mo. im Hause Parf-
führer 3 (Mutterberatungsstelle) statt. 6 280

Der Vorstand.